

Ja zur Pflegeinitiative

Position des VPOD

Was die Pflegeinitiative will

Am 28. November 2021 wird über die Pflegeinitiative des SBK abgestimmt. Sie fordert im Bereich der Pflege verbindliche Personalschlüssel bzw. mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen sowie die Möglichkeit, direkt mit den Krankenkassen abrechnen zu können. Der SBK will dies direkt in der Verfassung festschreiben und den Verfassungsartikel 117 zur medizinischen Grundversorgung deshalb folgendermassen ergänzen:

Art. 117c Pflege

1 Bund und Kantone anerkennen und fördern die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung und sorgen für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität.

2 Sie stellen sicher, dass eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen für den zunehmenden Bedarf zur Verfügung steht und dass die in der Pflege tätigen Personen entsprechend ihrer Ausbildung und ihren Kompetenzen eingesetzt werden.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 117c (Pflege)

1 Der Bund erlässt im Rahmen seiner Zuständigkeiten Ausführungsbestimmungen über:

- a. die Festlegung der Pflegeleistungen, die von Pflegefachpersonen zulasten der Sozialversicherungen erbracht werden: 1. In eigener Verantwortung, 2. Auf ärztliche Anordnung;
- b. die angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen;
- c. anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen für die in der Pflege tätigen Personen;
- d. Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung von den in der Pflege tätigen Personen.

2 Die Bundesversammlung verabschiedet die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen innert vier Jahren seit Annahme von Artikel 117c durch Volk und Stände. Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Ausführungsbestimmungen trifft der Bundesrat innerhalb von achtzehn Monaten nach Annahme von Artikel 117c durch Volk und Stände wirksame Massnahmen zur Behebung des Mangels an diplomierten Pflegefachpersonen.

Am 28. November wird ausschliesslich über die Pflegeinitiative angestimmt. Bei einem Nein tritt der Gegenvorschlag zu einem vom Bundesrat zu bestimmendem Zeitpunkt in Kraft, wenn nicht das Referendum dagegen ergriffen wird.

Position VPOD: Ja zur Pflegeinitiative

Schon vor Ausbruch der Pandemie im vergangenen Jahr war klar: das Gesundheitspersonal ist dauerhaft am Anschlag und kann und will so nicht weitermachen. Die prekären Arbeitsbedingungen gefährden vor allem aber auch die Qualität und Sicherheit der Pflege. Aktuell sind über 10'000 Stellen nicht besetzt und bis 2030 braucht es über 60'000 zusätzliche Pflegefachpersonen!

Damit sich dauerhaft etwas ändert, müssen sich Politik und Arbeitgeber gemeinsam in die richtige Richtung bewegen. Heute schieben sie sich stattdessen gegenseitig den Ball bzw. die Verantwortung zu, während fast die Hälfte des Personals frühzeitig wieder aus dem Job aussteigt, weil die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher werden.

Der VPOD unterstützt die Pflegeinitiative seit deren Lancierung 2017. Auch wenn die Initiative in erster Linie auf Verbesserungen für das diplomierte Pflegepersonal abzielt, ist sie ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Während der Gegenvorschlag des Parlaments auf temporäre Ausbildungsmaßnahmen fokussiert, will die Pflegeinitiative auch die Arbeitsbedingungen verbessern. Aus diesem Grund hat sich der SBK entschieden, seine Initiative nicht zurückzuziehen.

Der VPOD begrüsst dies und fordert genügend und gut ausgebildetes Personal (Personalschlüssel!) für sämtliche Berufsgruppen im Gesundheitsbereich, also etwa auch für Fachpersonen Gesundheit (FaGe), Assistent*innen Gesundheit (AGS), Hilfspflege*innen, Fachpersonen Betreuung (FaBe) in der Langzeitpflege und Laborpersonal.

Ohne gleichzeitige nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Löhne wird jedoch die bedenklich hohe Berufsausstiegsquote nicht sinken. Der Gesundheitszustand des Personals ist besorgniserregend, leider fehlt darüber trotz wiederholter entsprechender Forderungen jegliche systematische Dokumentierung darüber. Es ist gerade auch diese permanente Gefährdung der eigenen Gesundheit, die mit weiteren schlechten Arbeitsbedingungen zum Berufsausstieg führt.

Weitere dringend notwendige Massnahmen

- Konsequente Einhaltung des Arbeitsgesetzes und korrekte Erfassung der Arbeitszeit (inkl. Umkleide- und Wegzeit): Der VPOD kämpft seit Jahren gegen die respektlose Praxis, die Umkleidezeit nicht oder nur ungenügend abzugelten.
- Konsequente Einhaltung des Gesundheitsschutzes und Etablierung unabhängiger Arbeitsmediziner*innen in den Betrieben. Die Gesundheit des Gesundheitspersonals darf nicht länger aufs Spiel gesetzt werden.
- Höhere Löhne ab dem ersten Tag der Ausbildung und mehr (finanzielle) Anerkennung von Zusatzqualifikationen und -funktionen.
- Bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben: Bezahlbare Kinderbetreuung muss der Schichtarbeit Rechnung tragen, verbindliche Dienstpläne und deren Bekanntgabe sollten zwei Monate vor dem Arbeitseinsatz erfolgen.
- Attraktive Wiedereinstiegsprogramme und Karrieremöglichkeiten sowie regelmässige Weiterbildungen
- Volle Rente mit 60

Abstimmungskampf: Die Kostenfrage

Es ist zu erwarten, dass die Kostendebatte den Abstimmungskampf dominieren wird. Das Killerargument per excellence: Bei Annahme der Initiative werden die Gesundheitskosten explodieren und die Prämien noch mehr steigen. Dazu sagt der VPOD:

- Ja, es braucht eine seriöse Kostendebatte. Denn das Finanzierungssystem DRG und der Zwang zum Wettbewerb sind mit ihren Fehlanreizen sinnlose Kostentreiber! Als Ausgleich wird seit Jahren gnadenlos beim Gesundheitspersonal gespart, während das Wettrüsten bei Infrastruktur, Spitalbauten und Kaderlöhnen keine Grenzen kennt.

vpod

ssp

ssp

ssp

Schweizerischer Verband des

Syndicat suisse des

Sindacato svizzero dei

Sindicat svizzer dals

Personals öffentlicher Dienste

services publics

servizi pubblici

servetschs publics

- Ja, es braucht eine seriöse Kostendebatte darüber, dass fast die Hälfte aller Personen, die eine teure Ausbildung absolvieren, jährlich wieder aus dem Beruf aussteigen, weil sie die Arbeitsbedingungen nicht mehr ertragen. Wie kann es sein, dass diese Verschwendung weder Politik noch Arbeitgeber stört? In den kommenden Jahren braucht es über 60'000 zusätzliche Pflegefachpersonen. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen, damit diese neue Generation an Pflegepersonal auch im Beruf bleibt.
- Ja, eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung kostet und muss gleichzeitig für uns alle bezahlbar bleiben. Es braucht eine Debatte darüber, welche Gesundheitsversorgung wir wollen und wohin innerhalb der Gesundheitsversorgung unsere (Prämien- und Steuer-)Gelder fließen sollen: in eine aufgeblasene Administration ohne Mehrwert für die Pflege und Betreuung kranker und betagter Menschen? In Luxusbauten oder völlig überrissene Kaderlöhne? Der VPOD fordert den Ausstieg aus dem Finanzierungssystem DRG und, dass das Geld vermehrt zu denjenigen fliesst, die uns versorgen, retten, pflegen und betreuen.

Was der Gegenvorschlag will

Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (HF und FH) während 8 Jahren: Die Kantone beteiligen sich an Ausbildungskosten in Betrieben mit Leistungsauftrag und Ausbildungsstätten sowie an Lebenshaltungskosten während der Ausbildung. Die Kantone legen Zahl der Auszubildenden fest wie auch den Verteilschlüssel bei den Gesundheitsinstitutionen. Der Bund beteiligt sich an Beiträgen der Kantone bis zu maximal 50% der Kantonsbeiträge. Zudem sollen dipl. Pflegefachpersonen auch bei dieser Vorlage gewisse Leistungen direkt mit den Krankenkassen abrechnen können. Das Parlament will während der Laufzeit von 8 Jahren rund 1 Milliarde Franken in die Ausbildung zusätzlicher Pflegefachkräfte investieren.

Position der VPOD zum Gegenvorschlag

Der VPOD begrüsst das Vorhaben des Parlaments, verstärkt in die Ausbildung des Pflegepersonals zu investieren. Wieso es dies allerdings nur während 8 Jahren tun will, ist nicht nachvollziehbar. Schliesslich wird sich der Personalnotstand in den kommenden Jahren zusätzlich verschärfen, da Zehntausende der Babyboomergeneration in Bälde pensioniert werden.

Vor allem jedoch hat es das Parlament versäumt, sicherzustellen, dass sich die Investitionen in die Ausbildung auch nachhaltig lohnen. So fehlen leider fundamental notwendige Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne, damit die bedenklich hohe Berufsausstiegsquote gesenkt werden kann. Weder soll es verbindliche Personalschlüssel in den Spitälern und Alters- sowie Pflegeheimen geben noch andere konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Bei einem Nein zur Pflegeinitiative tritt der Gegenvorschlag in Kraft, sofern kein Referendum dagegen ergriffen wird. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gegenvorschlages.

vpod

Schweizerischer Verband des

Personals öffentlicher Dienste

ssp

Syndicat suisse des

services publics

ssp

Sindacato svizzero dei

servizi pubblici

ssp

Sindicat svizzer dals

servetschs publics